

# Der Veloroutenbau ruft Widerstand hervor

Über 400 Einsprachen sind gegen drei neue Velorouten in der Stadt Zürich eingegangen – fast 500 Parkplätze sollen verschwinden

MICHAEL VON LEDEBUR

Die Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher haben Ja gesagt zu Velorouten. Nun aber, da es an die Umsetzung geht, wehren sich viele von ihnen. Fast immer, wenn das Tiefbauamt die Umsetzung in den Quartieren plant, gibt es Widerstand. Geschätzt 6000 Parkplätze in der blauen Zone sollen auf dem gesamten Stadtgebiet gestrichen werden. Doch auf derart viel Abneigung wie derzeit ist die Stadt bei der Veloroutenplanung noch nicht gestossen.

Alleine in Höngg bekämpfen 350 Privatpersonen und Gewerbetreibende die Velovorzugsrouten. Aber auch entlang der Strecke in Affoltern und Oerlikon (67) sowie in Schwamendingen (28) hagelt es Einsprachen. Im Juni hatte die Stadt Zürich die Umsetzung von drei Routen ausgeschrieben. Entlang der Strecken sollen insgesamt 496 Parkplätze der blauen Zone ersatzlos aufgehoben werden. Verkehrsordnungen und Markierungen sowie bauliche Eingriffe sollen die Sicherheit fürs Velo erhöhen, so das Tiefbauamt. Dazu gehören Tempo 30, Vortrittsberechtigung und ein grünes, 40 Zentimeter breites Band am Strassenrand, das die Velovorzugsroute sichtbar macht.

Der Widerstand kommt nicht von ungefähr. Organisiert haben ihn der Zürcher Gewerbeverband (GVZ), der Hauseigentümerversand (HEV) sowie die FDP und die SVP. Sie haben zu Einsprachen aufgerufen. Nicole Barandun, die Präsidentin des GVZ, betont, es hätten auch sehr viele Leute Einsprache erhoben, die nicht bürgerlich wählten.

Auch die beiden Verbände haben beim Tiefbauamt Einsprache erhoben und beim Stadtrat Zürich ein Begehren um Neubeurteilung eingereicht. Der HEV-Geschäftsführer und FDP-Gemeinderat Albert Leiser betont, es gehe nicht darum, die Veloroute zu verhindern, sondern um bessere Lösungen, denn der jetzige Vorschlag laufe auf einen Kahlschlag hinaus.

Für die Umsetzung sollen je nach Strassenabschnitt sämtliche oder über die Hälfte der Parkplätze in der blauen Zone aufgehoben werden. Anwohner und Gewerbebetriebe fänden für sich selbst sowie für ihre Besucherinnen und Besucher keine Parkplätze mehr.

## Keine eigenen Parkplätze

Die beiden Verbände schreiben in einer Mitteilung: «Die Betroffenen sind auf diese Parkplätze angewiesen, da auf einem Grossteil der tangierten Grundstücke keine Parkplätze vorhanden sind und aus gesetzlichen Gründen keine eigenen Parkplätze errich-



In den Quartieren wehren sich viele gegen die neuen Vorzugsrouten für Velofahrer.

SIMON TANNER / NZZ

tet werden können.» Der HEV-Präsident Leiser sagt, in der Theorie gehe die Rechnung des rot-grünen Stadtrats vielleicht auf – dass nämlich Parkplätze zunehmend von der blauen Zone in private Parkhäuser verschoben werden sollen. Aber in der Praxis zeige sich eben, dass dies in sehr vielen Quartie-

Das Tiefbauamt kann darauf verweisen, dass die Stimmberechtigten den Bau von Velorouten an der Urne mehrfach deutlich angenommen haben.

ren schlicht nicht möglich sei. In der Einspracheschrift heisst es wörtlich, die Leute würden faktisch gezwungen, ihre Fahrzeuge zu verkaufen. Das sei nicht verhältnismässig.

Der massive Parkplatzabbau werde in den Quartieren zu vermehrtem Such-

verkehr führen, was auch die umliegenden Parkplätze in Mitleidenschaft ziehen werde. Dabei herrsche heute schon Parkplatzknappheit. Die Forderung an die Stadt: Sie soll die drei Projekte nochmals überarbeiten, damit der Parkplatzabbau in der blauen Zone auf ein Minimum beschränkt werde.

Das Tiefbauamt kann darauf verweisen, dass die Stimmberechtigten den Bau von Velorouten an der Urne deutlich angenommen haben, und dies mehrfach: zuerst mit der Velorouten-Initiative der SP und dann mit der Zustimmung zum neuen Verkehrsrichtplan im letzten Herbst. «Die meisten Stimmberechtigten dürften das Kleingedruckte nicht gelesen haben», sagt dazu Nicole Barandun, nur halb im Scherz. Sie höre von den Leuten, die eine Einsprache machten, immer wieder dasselbe: Man habe für die Velorouten gestimmt und sei auch für eine Umsetzung, aber gegen den Abbau in diesem Umfang.

Barandun spricht von vielen unnötigen Streichungen. Oft sei der einzige Grund die Furcht vor Unfällen, wenn Automobilisten just dann die Autotüre öffneten, wenn ein Velofahrer durchfahre. Ein Argument, das Barandun

nicht einleuchtet. «Auf einer Quartierstrasse fährt man auf dem Velo für gewöhnlich auf der Mitte der Fahrbahn.» Barandun hat als GVZ-Präsidentin die Situation der Gewerbetreibenden besonders im Auge. Die Frage, wo ein Handwerker mit einem Auftrag entlang einer Veloroute parkieren solle, sei ungeklärt – womöglich gelte auf der Veloroute nämlich Halteverbot.

Sind die Einsprachen denn nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt –

## Diesmal trifft es die Stadtbevölkerung

Kommentar auf Seite 19

zumal sich Rot-Grün in Velofragen zuletzt kompromisslos gezeigt hat? Barandun sagt, an einigen Orten gebe es sicher konkret eine rechtliche Handhabe. Die Minimalforderung sei ein Augenschein mit dem Tiefbauamt. Dies könne in Einzelfällen schon eine Verbesserung nach sich ziehen. Insgesamt hoffe sie auf eine Wirkung durch die grosse Zahl der Unzufriedenen, die man nicht einfach ignorie-

ren könne – auf ein Einsehen, «dass es so nicht geht». Es seien deutlich mehr Leute betroffen als nur jene über 400, die eine Einsprache gemacht hätten. Denn nur ein sehr kleiner Kreis sei überhaupt einspracheberechtigt.

Eine der Einsprachen hat besondere Brisanz. Der geplante Routenverlauf betrifft die Chilbi in Schwamendingen, den wichtigsten gesellschaftlichen Anlass im Stadtkreis. Die FDP plant dazu eine Anfrage im Stadtparlament, weil die Route die Durchführung der Chilbi bedrohe. Beim Tiefbauamt winkt man allerdings ab: Wie alle Strassen liessen sich auch Velorouten für ein Volksfest sperren, es werde dann eine Umfahrroute für die Velofahrerinnen und Velofahrer ausgeschildert. «Wir sehen die Durchführung der Chilbi Schwamendingen nicht gefährdet», heisst es beim Amt.

Ganz so einfach ist es aber nicht. Roger Tognella ist einer von 28 Personen, die zur Route in Schwamendingen eine Einsprache eingereicht haben. Tognella ist alt FDP-Gemeinderat sowie Mitorganisator der Schwamendinger Chilbi. Er nennt zwei Probleme. An einer Stelle sollen Parkplätze durch eine kleine Grünanlage ersetzt werden. «Dadurch verlieren wir Platz für acht Zelte. Ich habe keine Ahnung, wie wir dies ersetzen sollen», sagt Tognella. An einer anderen Stelle sei auf der Route eine Abzweigung mit einem hohen Randstein geplant. Für die Chilbi sei er unglücklich platziert – just an der Stelle mit dem höchsten Personenaufkommen entstehe eine Stolperfalle. Einschränkungen dieser Art machten es schwierig, die Chilbi zu organisieren und bewilligen zu lassen.

## GLP verliert ihren Stand

Das Tiefbauamt müsse dies eigentlich wissen, sagt Tognella, denn es gebe zur Chilbi immer eine Vernehmlassung, und da sei das Amt mit dabei. «Es wäre eigentlich schön, würden die städtischen Ämter auf Traditionen Rücksicht nehmen. Man hätte uns fragen können. Wenn ich noch Politiker wäre, würde ich jetzt sagen: Das Tiefbauamt will die Veloroute einfach durchdrücken.»

Die Schwamendinger Chilbi ist stets auch ein Fest der politischen Parteien in der Stadt. Von den Problemen wären zwei Parteien betroffen. Der Stand der GLP müsste ganz verschwinden, die SP müsste ihre Zeltfläche um die Hälfte verkleinern. Es träfe ausgerechnet zwei jener Parteien, die den Veloroutenbau und den Parkplatzabbau vorantreiben. Würde man es nicht besser, müsste man fast annehmen, Tognella freue sich diebisch über diese ironische Note.

## BEZIRKSGERICHT USTER

# Diebesbande scheitert am Tresor

Vier junge Chilenen reisen in die Schweiz ein, um auf Einbruchstour zu gehen – am Zürichberg ist der Traum vom schnellen Geld vorbei

ISABEL HEUSSER

Es ist Weihnachtszeit im Jahr 2021, der Abend des 23. Dezember, als vier junge Chilenen bei einem Einbruch in eine Villa am Zürichberg die ganz grosse Beute machen wollen. Sie brauchen Geld, haben keine Ausbildung oder feste Jobs, das Diebesgut soll ihnen und ihren Familien zu Hause ein Auskommen ermöglichen.

Der Plan geht gründlich schief. Nur wenige Stunden nach dem Einbruch werden die vier Männer festgenommen. 211 Tage lang werden sie in Haft bleiben, bis sich drei von ihnen Mitte Juli vor dem Bezirksgericht Uster verantworten müssen. Schliesslich werden sie wegen bandenmässigen Diebstahls, Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung zu bedingten Freiheitsstrafen verurteilt und müssen das Land verlassen. Gegen den vierten Täter läuft ein separates Verfahren.

Der Fall ist deshalb speziell, weil in der Schweiz nach Einbrüchen nur die wenigsten Täter geschnappt werden. 2021 lag die Aufklärungsquote bei 18,9 Prozent. Wie genau die Polizei den Chilenen auf die Schliche gekommen ist, bleibt für die Öffentlichkeit am Tag der Verhandlung unklar. Sie findet im abgekürzten Verfahren statt, was bedeutet, dass Staatsanwaltschaft und Beschuldigte sich vorher auf ein Strafmass geeinigt haben. Die Befragung der Täter fällt jeweils kurz aus.

## Drogensucht finanziert

Klar ist aber, dass die Männer im Alter von 20, 28 und 33 Jahren ziemlich dilettantisch vorgegangen sind. Gemäss Anklageschrift reisen sie am 22. Dezember 2021 von Paris aus via Genf in die Schweiz, wo sie mehrere Einbrüche begehen wollen. Einen Tag später fahren

sie gegen 17.30 Uhr mit einem Auto an den Zürichberg und parkieren am Waldrand in der Nähe einer Villa.

In der Dunkelheit schleichen sie sich zum Haus, wuchten mit einem Brecheisen eine Glasschiebetür auf, begeben sich ins Innere und werden im 2. Stock fündig: In einen Schrank ist ein verschlossener Tresor eingebaut. Sie reisen ihn heraus, ziehen ihn die Treppe hinunter und aus der Villa. Der Tresor ist schwer, sie schleppen ihn über das Grundstück Richtung Waldrand zum abgestellten Auto. Weit kommen sie nicht. 50 bis 100 Meter vom Grundstück entfernt müssen sie den ungeöffneten Tresor stehen lassen und flüchten.

Am Bezirksgericht will der Richter von den drei Männern wissen, weshalb sie die Einbrüche planten; dem 28-Jährigen konnten Einbrüche aus den Jahren 2017 und 2019 in einem Genfer Vorort und in Tagelswangen im Zür-

cher Oberland nachgewiesen werden. Er sagt, er habe früher schwerwiegende Drogenprobleme gehabt und sich seine Sucht irgendwie finanzieren müssen. Von Drogen wolle er jetzt aber nichts mehr wissen.

## Mehrere Landesverweise

Der 33-Jährige gibt an, er habe Geld für eine Operation auftreiben müssen. Und der Jüngste im Bund sagt, er habe Geld gebraucht, um Schulden abzubezahlen. «Irgendwo einzubrechen, war aber nicht gerade eine clevere Idee, oder?», fragt der Richter den 20-Jährigen. Dieser schüttelt den Kopf.

Schliesslich folgt der Richter dem beantragten Strafmass für die drei Männer. Die höchste Strafe erhält der 28-Jährige, der insgesamt drei Einbrüche auf dem Kasten hat: Er wird zu einer bedingten Freiheitsstrafe von 24

Monaten und einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen à 30 Franken (900 Franken) verurteilt, die Probezeit beträgt drei Jahre. Zudem erhält er einen Landesverweis über zehn Jahre. Für den 33-Jährigen gibt es eine bedingte Freiheitsstrafe von 15 Monaten, ebenfalls aufgeschoben bei einer Probezeit von drei Jahren. Er darf die Schweiz acht Jahre lang nicht mehr betreten. Der 20-Jährige wird zu einer bedingten Freiheitsstrafe von 14 Monaten verurteilt, bei ihm beträgt die Probezeit zwei Jahre. Auch er erhält einen Landesverweis über acht Jahre.

In die Sicherheitshaft zurück müssen die drei nicht mehr; sie haben nun 48 Stunden Zeit, die Schweiz zu verlassen. Er rate ihnen, nicht einfach irgendwo zu verschwinden, sagt der Richter zu den Männern: «Das wird sonst als Verstoß gegen die Auflagen gewertet, und dann ist die Probezeit zu Ende.»